

Herbert Wehner

IDEALIST UND REALIST EINES SOZIALDEMOKRATISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERSTAATS

5

Jetzt, nach dem politischen Abgang des Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten, sind die Nachrufe auf Herbert Wehner voll des Lobs. Ziemlich vorbei sind die neben der Anerkennung, die der politische Erfolg des "neben und nach Adenauer bedeutendsten Staatsmannes der Bundesrepublik Deutschland" von selbst nach sich zog - immer wieder angebrachten Zweifel, was denn mit dem Menschen und Politiker Wehner wirklich los sei: War er ein "Techniker der Macht nur um der Macht willen"?

10

Dieser dumme Verdacht ward immer wieder gehört, als wollten Politiker kommandieren gleichgültig gegen die Kommandos, die sie geben und als würde einen Wehner von seinen Berufsgenossen unterscheiden, daß er mehr nach der Macht strebte als sie. Aber da Herbert Wehner einige Wandlungen angestellt hat, vom Kommunisten zum obersten Funktionär einer ordentlichen Volkspartei zumal, da er seine Parlamentspflichten bitter ernst nahm und keine Sitzung versäumte, auch in seinen berühmten Polemiken mit seiner ganzen Person dahinterstand, so daß er oft taktische Rücksichten fallen ließ, war das Anlaß genug zu sich zweifelnd gebenden Verdächtigungen. Man erklärte eine Haltung, an der der persönliche Vorteil nicht zu entdecken ist, zu einem für einen Politiker unmöglichen Ding. Man spekulierte, ob nicht gerade die so hervorstechende untaktische Seite an Wehners Politikerqualität die besonders ausgekochte Taktik dieses Politikers sei. Was von diesen Urteilen in Frageform zu halten ist, beweisen die jüngsten Nachrufe. Man kann nämlich die angeblichen Rätselhaftigkeiten und Widersprüchlichkeiten des abgetretenen Politikers auch zu seiner besonderen Größe hochstilisieren:

15

20

“Ein Mann, der vom Revolutionär zu einem Patriarchen des Parlaments wuchs. Ein Kampf, der die Schablonen von Strategie und Taktik aufhob. Ein Streiter, dessen erschütternde und schreckliche Eruptionen letztlich von wirklichen Sorgen ausgelöst wurden, doch auch empfindsam und gut für leise Töne. In einem und jenseits von Gut und Böse: Quel homme! (“Süddeutsche Zeitung”)

Welch ein Mensdi? Was hat er denn wirklich geleistet?

Idealist der Sozialdemokratie

Wehner, der 1927 in die KPD eintrat und dort schnell Spitzenfunktionär wurde, vollzog seine entscheidende Wandlung zur SPD, in die er 1946 eintrat, mit der Kritik an der KPD, daß sie dem *deutschen Arbeiter* nicht zu seinem Recht verhelfe: Ihm mißfiel an der Politik der Komintern mit der Sowjetunion und Stalin an der Spitze, daß in ihr die KPD die nationalen Belange der deutschen Arbeiter außenpolitischen Gesichtspunkten unterzuordnen hatte: Er warf weiter der KPD vor, am Klassenkampf unabhängig von und gegen den demokratischen Parlamentarismus festzuhalten. Aus seiner Kritik an der damaligen SPD und am Parlamentarismus überhaupt wurde die Schuld der KPD, so eben den Faschismus nicht verhindert zu haben. 1930 erklärte Wehner vor dem sächsischen Landtag zum Arbeitsbeschaffungsprogramm:

“Vor den Arbeitermassen wird durch ihr eigenes Verhalten - das gilt für die Parteien von der Sozialdemokratischen Partei bis hin zu den Nationalsozialisten - praktisch demonstriert, daß auf dem Wege des bürgerlichen Parlamentarismus, auf dem Wege des parlamentarischen Kuhhandels für die Arbeitermassen nichts gewonnen werden kann.”

Nach dem Kriege war für Wehner dann dieser Standpunkt der KPD ihr unverzeihlicher Fehler gewesen.

“Die Republik konnte sich nicht verteidigen, weil die Arbeiterschaft dem demokratischen Staat gegenüber eine gesplante Haltung einnahm. ... An dieser inneren Gesplantenheit der Arbeiterschaft, die 1918 unvorbereitet einer militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch eines feudalen Regimes, eines sehr herrschaftlich aufgetretenen Regimes gegenüberstand und die doch selbst gesplante war in ihrer Stellung zum Staat, weil die deutschen Führer der Kommunisten leider daran festgehalten haben, daß der Staat auch als demokratischer Staat für die Arbeiter nicht akzeptabel sei, sondern erst dann, wenn er unter Führung der kommunistisch geführten Arbeiterklasse umgestürzt sei: daran lag es. Diese Theorie war das Unglück.” (Wehner in: Günter Gaus. Porträts in Frage und Antwort, München 1964, S. 216)

Der ehemalige Kommunist hält als Sozialdemokrat den demokratischen Staat für ein gutes Mittel, daß in ihm die Belange der Arbeiter bestens aufgehoben wären, wenn deren politische Gleichstellung im Staat erreicht ist, also der sozialdemokratische Sozialismus, “die ökonomische Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit” (ebd.). Der Ton liegt auf dem Arbeiter *als Bürger* des demokratischen Staats. Letzterer soll zu seinem Recht kommen, ohne daß er dafür aus seinen ökonomischen Zwängen befreit werden müßte.

Wehners, für einen bürgerlichen Politiker außergewöhnlicher, Einsatz - nicht die Macht der eigenen Partei als Mittel für die Karriere zu benutzen, sondern Karriere dadurch zu machen, daß man sich zum Mittel der Partei macht - gilt der wahren Demokratie. Wahr ist sie ihm wenn alle im Staate gleichberechtigt sind, also vor allem die Arbeiterklasse ihr volles Bürgerrecht erhält. Dieses sozialdemokratische Staatsprogramm ward im Godesberger Programm festgeschrieben, zu dem Herbert Wehner 1959 erklärte:

5 “Dieses Programm ist, im engeren Sinne verstanden, kein Arbeiterprogramm. Aber es ist nicht ein Programm - wir werden es in den einzelnen Abschnitten beweisen können -, das weniger wäre als ein für die Arbeiter nützliches Parteiprogramm, sondern es ist insofern mehr, als es für die Arbeiterschaft und im weiteren Sinne für die Arbeitnehmerschaft Grundlagen dafür zu schaffen sucht, daß Arbeiter und Arbeitnehmer nicht mehr infolge ihrer Abhängigkeit in der gesellschaftlichen Ordnung Staatsbürger minderer Kraft und minderen Ranges sind, daß für sie nicht nur auf dem Papier der Verfassungen steht, daß das gleiche Recht für alle gilt.” (Herbert Wehner, Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930-1967, Frankfurt 1968, S. 214)

10 Das Glück, zu dem der ideale Freund der Arbeiterklasse der Arbeitnehmerschaft verhelfen will, soll in der gerechten Demokratie liegen. Arbeiter sollen die Leute bleiben, also ihre Abhängigkeit von den Herren Kapitalisten, ihr gar nicht gleicher Gegensatz zu diesen soll bestehen bleiben. Daß die Arbeiter nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, unterstellt Wehner noch, wenn er ihnen den politischen Segen bringen will, als Staatsbürger gleiche Rechte genießen zu dürfen. Seine fortschrittliche Note bezieht dieses Ideal der

15 durchzusetzenden Gleichberechtigung aus Zeiten der politischen Diskriminierung der Arbeitnehmerschaft. Anerkannte Bürger sollen die rechtmäßig ausgebeuteten Arbeiter sein, wofür ihnen der Staat gleiche Rechte gewährt. Sie dürfen nämlich wählen gehen und sich statt für den Klassenkampf für ihr Interesse um die politische Ordnung kümmern.

20 “Für den politischen (!) Kampf handelt es sich darum, die Gleichberechtigung der im Arbeiter- und Angestelltenverhältnis stehenden Mitbürger als Staatsbürger, nicht nur in der Wahrnehmung des Wahlrechts, sondern auch dadurch zu erzielen, daß man sie in-

25 standsetzt, befähigt und ermuntert, über das, was sie über die soziale Selbstbehauptung hinaus zu tun imstande sind, die staatliche Ordnung politisch durchzureformieren und auszufüllen, so daß die gesellschaftliche Wirklichkeit demokratisiert wird.” (ebd.)

Wenn die staatliche Ordnung ökonomische Verhältnisse absichert, die zur, sozialen “Selbstbehauptung” zwingen, dann soll man sich diese Ordnung auch noch zum eigenen Anliegen machen. Wehner will die Arbeiter für den demokratischen Staat gewinnen, nicht etwa dadurch, daß er dem Klassengegner die Macht entreißen und sie in die Hände der Arbeiter legen will - Volkes Stimme wählt ja längst ihre Regierungen -, sondern dadurch, daß er aus ihnen anständige und ganz gleichberechtigte Staatsbürger machen möchte:

30

“Das Godesberger Programm will den mündigen Mitbürger, nicht den Bourgeois, sondern den Citoyen.”

35 Die von Marx kritisierte Verdoppelung des Menschen in Bürger und Staatsbürger, in Arbeiter und Staatsbürger, wo die Anerkennung der Staatsmacht das elende proletarische Los verewigt, kehrt Wehner um: Als Staatsbürger nützt der Mensch sich, dem Arbeiter. Ein feines Ideal, dessen Wahrheit Wehner selbst in seiner Berufung auf Lasalle als geistigen Urvater offenbart.

40 “Er (Lasalle) wollte die Arbeiter - in dem weiten Sinne, wie er sie verstand - nicht außerhalb und auch nicht gegen den Staat - versammeln, sondern er wollte sie im Ringen um das allgemeine und direkte Wahlrecht und dadurch, daß sie von diesem Recht den richtigen Gebrauch machten, zu der bewegenden Kraft im Staat werden lassen, die den Staat zu seinen eigentlichen Aufgaben fähig machen kann.” (‘Dieses unser Vaterland’, Rede von 1963)

Die Arbeiter verschaffen dem Staat seine Freiheit, seine eigentlichen Aufgaben - jetzt kann er ja nichts mehr falsch machen, jetzt haben die Arbeiter ja richtig gewählt - zu erfüllen. Und das ist auch schon der ganze Segen für die Arbeiterklasse: Vertreten ist der gute Staatsbürger im Arbeiter in ‚seiner‘ „eigentlichen“ Demokratie nur, wenn er das „einzige, was er besitzt, seine Stimme“ (Wehner) der SPD gibt, ist sie doch

“der organisierte Wille der arbeitenden Menschen, gleiches staatsbürgerliches Recht für alle in unserem Volk durchzusetzen.” (Wandel und Bewährung)

Mit diesem idealen Klassenkampf, aus dem politischen Willen Wehners geboren: Die Arbeiter geben ihr Interesse beim Staat ab, am besten nur bei der SPD, damit sie dann für ihre Interessen gegen sie regiert, ist logischerweise dem sozialdemokratischen Idealisten Herbert Wehner der

Realist der SPD

zur Seite getreten. Denn wenn die Arbeiterbewegung ihre ideale Erfüllung darin findet, daß sie sich um “ihre” staatliche Ordnung kümmert, indem sie ihrem “organisierten Willen”, der SPD, zur Macht verhilft, dann tritt der Funktionär der SPD auf den Plan, der alles tut, die SPD an die Macht zu führen, sie dort zu halten und die Partei dafür auf Vordermann zu bringen.

Der Arbeiterpartei, der wegen ihres Ruchs der Linkslastigkeit nie die nötigen Wählerstimmen zugekommen waren, schnitt Wehner zusammen mit Willy Brandt alte sozialistische Zöpfe ab und bildete sie im Godesberger Programm zur Volkspartei um, die voll und ganz zu den prinzipiellen Richtlinien der jungen Bundesrepublik steht. Wehner realisiert, daß für die politische Macht der Arbeiterschaft in Gestalt der SPD über die engen politischen Belange der Arbeiterschaft hinausgegangen werden müsse, damit die Arbeiterschaft ihre politische Macht dann so richtig nützlich zu spüren bekommt.

“Es geht dabei um etwas, was für die Sozialdemokraten auch in Auseinandersetzungen mit anderen sozialistischen Richtungen immer so wesentlich war: die politische Macht zu erringen. Wozu, Genossinnen und Genossen? Ich möchte es einmal simpel ausdrücken: damit die Macht im Staate nicht mehr dazu mißbraucht werden kann, die Vorrechte jener zu schützen und immer weiter auszubauen, die über die große wirtschaftliche Macht verfügen. Dazu bedarf es dieser politischen Macht und dazu gehört meiner Meinung nach auch der Appell an den Willen, und der muß über die Arbeiterschaft im engeren Sinne hinausgehen. Er muß auch über die Arbeitnehmerschaft hinausgehen.” (,Glaubt einem Gebrannten‘, Diskussionsbeitrag vor dem Godesberger Parteitag)

Um die Regierungsfähigkeit der SPD zu beweisen, wird auf Betreiben Wehners nicht nur das Parteiprogramm geändert. Seit Anfang der 60er Jahre ist der Realist Wehner auch so frei, eine Große Koalition mit dem politischen Gegner CDU/CSU anzustreben, damit in einer solchen die Union den Vorwurf der vaterlandslosen Landesverräterei der SPD dementieren muß, damit vor allem aber die Sozialdemokraten endlich an der Macht beteiligt sind. Wehners Konzept ging auf. Als dann die Sozis allein mit der FDP die Macht innehatten, ging es darum, sie auch zu bewahren. Dies tat er weniger durch die reichlich bescheuerte Tour, die ihm den Namen "Zuchtmeister" eingebracht hat, als Fraktionsvorsitzender im Parlament die moralischen Pflichten eines Arbeitnehmersvertreters durch Disziplin vorzuleben und denselben Gehorsam von seinen Abgeordneten zu verlangen - so ist die SPD so richtig für ihre Arbeitnehmer -, als vielmehr durch die immer wieder notwendige Unterweisung und Verpflichtung der Genossen auf die gerade anstehenden Regierungsbeschlüsse, wenn sie gerade wieder mehr von rechts als vom demokratischen Sozialismus geleitet schienen. "Um der Regierungsverantwortung willen", der Verantwortung der SPD natürlich, schob "Onkel Herbert" die Genossen in der Regel wieder auf Kurs. Dafür organisierte er auch den Führungswechsel von Brandt (der ein wenig zu "lau bade") zu Schmidt. Wider alle Behauptungen von Brandts "Führungsschwäche" und Schmidts "Machthunger" sowie heimlichen Tricks war das spektakuläre Interview in Moskau bewußt öffentlich inszeniert, um den für die damalige Wirtschaftskrise unpassend gewordenen "Kanzler der Reformpolitik" durch einen "Macher" zu ersetzen, den die Lage der Nation gerade verlangte - und die Kontinuität der SPD an der Macht erst recht.

Für den realistischen Idealismus der Sozialdemokratie an der Macht hat Wehner von den Notstandsgesetzen über die Terrorismusbewältigung bis zu den heutigen "schweren Zeiten" mit ihren Aufrüstungsplänen und Sparprogrammen, für das liebe Volk alle Staatsnotwendigkeiten im Namen der arbeitenden Bürger gegen sie durchgesetzt. Ehrlich ist er tatsächlich in seiner Person als Arbeitervertreter für die Notwendigkeit der Regierungsverantwortung der SPD voll und ganz eingetreten, egal, welche unpopulären Beschlüsse die Sozis in der Regierung immer beschlossen haben; egal, mit welchen Kompromissen die SPD der FDP immer entgegengekommen ist. Denn das letzte und eigentliche "sozialdemokratische Element", das Wehner immer wieder mal - in Regierungsbeschlüssen, in Wahlkämpfen seiner Partei veimißte, ist, daß die SPD unbedingt an der Macht beteiligt zu sein hat. Dafür stauchte Wehner mit ehrlichem Zorn kritelende Parteigenossen zusammen, ereiferte er sich über linke Abweichler in der SPD-Fraktion als "untreue Tomaten" des Kanzlers; dafür erklärte er die Konservativen, mit denen er doch immerhin drei Jahre gemeinsam auf der Regierungsbank saß, für "friedensunfähig", im Innern wie nach Außen. Arbeiterbewegung, das ist SPD, das ist SPD in der Regierung. Dies verkörpert Herbert Wehner, der Mann mit der Pfeife, mit seinem demonstrativen, selbstlosen Einsatz. 1981, als das Zerbrechen der sozialliberalen Koalition schon Dauerthema war, antwortete er auf die Frage nach den Folgen einer möglichen Spaltung der SPD:

"Es würde sehr viel bedeuten. Für die Bundesrepublik würde es bedeuten, daß eine wesentliche politische Kraft ausgeschaltet würde aus der Tätigkeit, in der sie ihre Regierungsfähigkeit beweisen kann. Und es würde wohl auch nicht ohne nachteilige Folgen für die Beziehungen dieses Teiles des getrennten Deutschland zum anderen Teil und zur anderen Himmelsrichtung, nämlich zum östlichen Bereich, haben." ("Frankfurter Rundschau", 20. Februar 1981)

Spezialist für Wiedervereinigung

Herbert Wehner ist nie ein "Landesverräter" gewesen, wie ihm das von konservativer Seite häufig vorgeworfen wurde. Es stimmt, er ist ein "Patriot": "Deutschland ist mein Vaterland in jeder Phase." (Wehner). Aber wer ist, bis auf die paar Ausnahmen, kein Patriot? Für Wehner ist es von seinem Standpunkt aus, der Arbeiterbewegung im demokratischen Staat gleichberechtigte Anerkennung, also der SPD Regierungsverantwortung zu verschaffen, eine Selbstverständlichkeit, daß diese Demokratie der Arbeiter letztlich identisch zu sein hat mit einer geeinten Nation gleichberechtigter deutscher Arbeiter. Weil er "der Arbeiterklasse Deutschlands endlich Gelegenheit geben (will), Deutschlands innere Ordnung... zu gestalten" - und diese wird nach Ansicht Wehners im Unterschied zur BRD den Arbeitern der DDR vorenthalten, wo SED und Staat sich die demokratischen Rechte der Arbeiter selbstherrlich genommen haben -, will er nicht nur in Westdeutschland die Herrschaft der SPD, sondern durch die SPD "die Einheit von Vaterland und Klasse verwirklicht" sehen. Deshalb galt es für ihn, eine Spaltung Deutschlands erst gar nicht zustandekommen zu lassen.

So kämpft Wehner anfangs im Gesamtdeutschen Ausschuß des Bundestags gegen die "Westintegration" der BRD, weil damit Fakten gegen die Wiedervereinigung geschaffen würden:

"Die sogenannte Integration führt ja nicht automatisch... zur Wiedervereinigung Deutschlands. Der Bundeskanzler begeht in dieser Beziehung zwei Rechenfehler. Erstens: Er nimmt an, die Zusammenlegung des Wirtschafts- und Militärpotentials einer Gruppe westeuropäischer Länder werde zu einem gewissen Zeitpunkt die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetregierung erzwingen; zweitens: durch die Integrationsverträge seien die westlichen Vertragspartner eindeutig auf eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands festgelegt. Zunächst zum ersten. Die Annahme des Herrn Kanzlers berücksichtigt nicht das Risiko einer Ablehnung eines solchen Ultimatums durch Sowjetrußland. Die deutsche Politik läuft Gefahr, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands an so viele weltpolitische Voraussetzungen geknüpft, so vielen weltpolitischen Fragen untergeordnet und zum Gegenstand national-egoistischer Erwägungen fremder Mächte gemacht wird, daß eine Regelung mit friedlichen Mitteln aus dem Bereich des Möglichen herausrücken könnte. Zum Zweiten: Die westlichen Vertragspartner erlangen durch die Verträge in Wirklichkeit ein ausgesprochenes Vetorecht gegen die Wiedervereinigung Deutschlands." (Diskussionsbeitrag bezüglich Deutschland und die EVG vom 10.7.1952)

Gegen die atomare Aufrüstung der BRD und den NATO-Beitritt führt er ins Feld, daß dies die Sowjetunion von allen Angeboten zur Wiedervereinigung abbringen würde, daß aber umgekehrt

"es auch im Bereich des Interesses der Sowjetunion liegen könnte, es mit einem Deutschland zu tun zu haben, in dessen einen Teil nicht so wie heute die SED unumschränkt, aber höchst angefochten herrscht, das dafür aber ein freundlicheres kooperativeres Gesicht nach Osten zeigt." (Spiegel-Interview über den Deutschlandplan der SPD vom 15.4.1959)

Noch 1959 wird im wesentlich von Wehner entwickelten Deutschlandplan Deutschland als neutrale Zone gefordert, also Abzug der Truppen des Warschauer Pakts und der NATO. "Vorschläge über die deutsche Frage, über die Wiedervereinigung, über die Herstellung von Rechten für die Menschen auf der anderen Seite" lagen in der Schublade, wie Wehner bezeugt. Dann, 1959/60, setzte Wehner die Wende der damaligen SPD-Politik durch. In seiner berühmten Rede vom 30.6.1960, die den bezeichnenden Titel "Plädoyer für eine gemeinsame Politik" trägt und so das Streben nach Regierungsfähigkeit durch diesen Schwenk erkennen läßt, erklärt Wehner für die SPD,

5 “daß das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich in Wort und Tat zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundrechte und der Grundordnung und bejaht die Landesverteidigung.”

10 Seit 1969, mit dem Beginn der Sozialliberalen Koalition, waren dann die Bedingungen - gegeben, per entspannender Ostpolitik auf die DDR und den Ostblock überhaupt loszugehen. Herbert Wehner hält diese Politik seiner SPD sicher für menschenfreundlicher und friedenserhaltender als die Deutschlandpolitik seiner christlichen Vorgänger. Er glaubt daran, daß diese Politik keine “aus der Position der Stärke heraus” gewesen sei, obwohl sie doch effektivere Ergebnisse der Einflußnahme, vor allem auf die DDR, erbracht hat als die lange Zeit des Kalten Kriegs vorher. Schon vor dem sich abzeichnenden Machtwechsel pries Wehner seine Sozialdemokratie als die einzig wahre Friedens- und Freiheitspartei an, während die CDU/CSU “tatsächlich ... eine Nachrüstungs- und Rüstungspartei” sei. Wo 15 die sozialdemokratische Ideologie von der friedenssichernden Entspannung und das “Reden ist besser als Schießen” längst von den von ihr mitgetragenen NATO-Beschlüssen praktisch überholt war, hielt Wehner daran fest, weil für ihn tatsächlich der Übergang der Regierungsverantwortung an die Konservativen ein Unglück für sein Lebenswerk eines sozialdemokratischen Deutschlands bedeutet.

20 Mit dem Machtwechsel ist auch Herbert Wehner politisch am Ende.

“Ich habe mir Mühe gegeben, daß das, was einmal Arbeiterbewegung war, regierungsfähig wird - und es zu erhalten. Jetzt ist es wieder aus, zunächst einmal.” (Süddeutsche Zeitung vom 20. Januar 83)

25 Daß Herbert Wehner anlässlich einer Feierstunde seiner wegen am 1. März dieses Jahres zur Gemeinsamkeit aller Demokraten aufrief -

“Ein Feindverhältnis, wie es von einigen angestrebt wird, tötet die Demokratie, so harmlos es anfangen mag - dieses demokratische Gebilde kann miteinander heillos verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten nicht ertragen.” -,

30 so ist das sicher nicht seinem Alter oder einer Resignation dieses Funktionärs der Sozialdemokratie am Ende seiner politischen Karriere geschuldet. Wer wie Herbert Wehner sein Lebenswerk in der Integration der Arbeiterbewegung in den demokratischen Staat sieht und dies durch die tragende Rolle der SPD in diesem und für diesen Staat allein für gewährleistet hält, der sorgt sich um die BRD, wenn er sich für die SPD Sorgen macht.

35 Ebenso, wie die deutsche Arbeiterbewegung in der Regierungsfähigkeit der SPD ihre Emanzipation vollendet, hat sich auch die deutsche Demokratie erst dadurch voll entfaltet, daß sie die SPD an die Macht gebracht hat. Der Machtverlust der SPD ist folglich für Wehner ein Rückschlag für die *Demokratie* in der BRD überhaupt. Der “alte Fuhrmann” hat “den Karren” schließlich deshalb gezogen, um - wie er selbst von sich sagt - “den arbeitenden Schichten zu dienen und den Frieden - zu sichern.” Für ihn sind die deutschen Arbeiter zu Menschen so richtig erst geworden durch den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler: Dies der einzige *Lohn* dafür, daß sie freie, gleiche = demokratische Staatsbürger mit ihrer SPD geworden sind. Was die Arbeiter in Deutschland davon haben, das dürfte zuguterletzt nicht erst am Ende des politischen Lebenswerks Herbert Wehners zu merken sein.